

EU: Landwirtschaft und Umwelt gehen aufeinander zu

Die Kommissare der Generaldirektionen Umwelt und Landwirtschaft, Karmenu Vella und Phil Hogan, haben mit der Taskforce „Water and Agriculture“ eine richtungsweisende Initiative gestartet, um den Nexus zwischen Landwirtschaft und Gewässerschutz herzustellen.

Die intensive Landbewirtschaftung der vergangenen sechzig Jahre mit hohem Einsatz an Dünge- und Pflanzenschutzmitteln und intensiver Masstierhaltung hat einerseits zu deutlichen Ertrags- und Produktivitätssteigerungen geführt, andererseits zu massiven Umweltbelastungen, die zunehmend die Trinkwasserressourcen bedrohen. Diese Situation sei nicht mehr hinnehmbar, stellte Lanfranco Fanti für die Generaldirektion Umwelt jüngst bei einem Workshop in Bratislava unter der slowakischen Ratspräsidentschaft heraus.

Das Treffen fand mit rund 140 Teilnehmern aus nationalen Ministerien und Fachbehörden sowie Verbänden statt. Im Rahmen des Workshops wurde diskutiert, wie die gemeinsame Agrarpolitik (GAP), die Wasserrahmenrichtlinie und das Chemikalienrecht zukünftig besser aufeinander abgestimmt werden können.

Gemeinsames Ziel ist eine nachhaltige Landwirtschaft, die gleichermaßen umweltverträglich sowie ökonomisch auskömmlich und sozial gerecht ist.

Als ein wichtiger Grund für die gegenwärtige Situation werden Schwächen aber auch die unzureichende Umsetzung der Umwelt- und Agrarpolitik gesehen. Die Einstellung zum wie auch der Umgang mit dem geltenden Recht auf allen Ebenen der Ministerien und Behörden – von national über regional bis lokal – bedarf Änderungen, so Mauro Poinelli, Generaldirektion Landwirtschaft. Dabei sollen auch die relevanten Stakeholder bei der Entwicklung bzw. Anpassung zielführender Strategien einbezogen werden.

In der sehr lebhaften Diskussion stellte der Vertreter von COPA (europäischer Bauerverband) heraus, dass es noch ein langer Weg sei, bis die Gewässer in einem guten Zustand sind. Landwirte würden bereits heute versuchen, den Druck auf die Wasserressourcen zu minimieren, müssten aber gleichzeitig für Wachstum sorgen. Die richtige Balance zu finden, sei eine Herausforderung, der man sich stellen würde. Nach seiner Auffassung müssten zielführende Maßnahmen auf jene

Gebiete fokussiert werden, in denen am meisten erreicht werden könne – idealerweise so lokal wie möglich.

Dieser Ansatz ist kritisch und klingt mehr nach einer „Exit“-Strategie als nach einem Interesse, die Probleme im gemeinsamen Streben zu lösen. Der Rechtsrahmen muss auf EU-Ebene gesetzt und dann EU-weit von den zuständigen Behörden umgesetzt werden – dies ist nach wie vor kein „Auslaufmodell“, sondern macht Sinn. Zweifelsohne gibt es Umsetzungsdefizite, die es abzubauen gilt. Und sofern lokale Anpassungen erforderlich sind, so können diese immer im Ermessen der Behörden vorgenommen werden. Diese Hierarchie ist in sich schlüssig.

Die Gemeinsame Agrarpolitik mit ihren Regelungen zum „Greening“, d. h. Vergütung von Leistungen, die die Landwirte für die Umwelt erbringen, stand im Zentrum der Kritik. Die Verbandsvertreter waren sich einig, dass die Steuerungswirkung der GAP – und hier ist insbesondere das „Cross compliance“-Schema zu adressieren – für eine gewässerschützende Landwirtschaft nicht gegeben ist, solange die nötige Verzahnung mit den Zielen der Wasserrahmenrichtlinie und der Pestizidzulassungsverordnung noch aussteht.

Die Ergebnisse des Workshops werden anlässlich des nächsten Treffens der Wasserdirektoren vorgestellt. Im nächsten Schritt ist geplant, ein gemeinsames Treffen der Wasserdirektoren mit den Landwirtschaftsdirektoren im Frühjahr 2017 zu organisieren. Ziel ist es, eine „Roadmap“ für die Thematik zu erarbeiten.

In dem Positionspapier „EurEau's views on actions needed to create a water and agriculture nexus“ hat EurEau die Schwächen der gegenwärtigen Situation aus Sicht der Wasserversorger herausgestellt. So fehlt die

INFORMATIONEN

EurEau ist die europäische Vereinigung der nationalen Verbände in der Wasserver- und Abwasserentsorgung. Mit über 600.000 Beschäftigten zählt dieser Sektor zu den Pfeilern der europäischen Wirtschaft.

EurEau verfügt mit seinen Mitgliedern über ein umfangreiches Know-how und Expertise in der Wasserver- und Abwasserentsorgung und vertritt die Branche fachpolitisch in Brüssel.

EurEau wurde 1975 durch die sechs Gründungsländer der Europäischen Union in Brüssel als Vereinigung der nationalen Vereine von Wasserversorgungsunternehmen ins Leben gerufen. 1998 fusionierte EurEau mit der Europäischen Abwasserentsorgungsgruppe. Heute sind die nationalen Verbände von 25 Mitgliedstaaten sowie Norwegen, Schweiz und Serbien in EurEau vertreten.



Klammer zwischen der Zulassung von Pestiziden und der Umwelt- und Trinkwasserpoltik zur Agrarpolitik. Um endlich Wirkung zu erzielen, müssen die Zahlungen im Rahmen der GAP auf einheitliche und messbare Größen (integrierter Pflanzenschutz, N-Bilanzen, spezifischer PSM-Aufwand) gegründet werden. Zahlungen für (wirkungslose) Maßnahmen sind abzustellen, d. h. jeder Maßnahme muss eine messbare Zielgröße zugeordnet werden. Das derzeitige „Cross compliance“-System bedarf hier dringend der Evaluierung und Neuausrichtung. Dies wiederum setzt die konsequente, verbindliche Erfassung der Emissionsdaten für Pestizide und Nährstoffe in der Landwirtschaft auf Betriebsebene voraus. Um Transparenz zu schaffen, sind die Emissionsdaten aller Betriebe, die eine EU-Förderung erhalten, im Rahmen der Umweltinformation offen zu legen. Auch hier muss zügig eine Evaluierung der Pestizidzulassungsverordnung (EG/1107/2009) sowie der Nitratrictlinie (91/676/EWG) zur Identifizierung der Schwachstellen mit anschließender Fortschreibung der Rechtsakte erfolgen.

Last but not least muss konsequent gegen Umsetzungsdefizite auf Mitgliedstaatenebene vorgegangen werden. Es bestehen Umsetzungsdefizite, keine Erkenntnisdefizite!

Fazit: EU-Chemikalienpolitik, EU-Agrarpolitik, EU-Umwelt und Trinkwasserpoltik müssen wirkungsvoll verzahnt und Zahlungen für Umwelteleistungen in der Landwirtschaft mit messbaren Zielgrößen verknüpft werden. Es gilt vernetzt zu denken und zu handeln. ■

Kontakt:

Dr. Claudia Castell-Exner

EurEau-Vizepräsidentin

E-Mail: castell-exner@dvgw.de

Römerkanal abzugeben

Seit fast 2000 Jahren liegt zwischen Eifel und Köln der größte antike technische Bau nördlich der Alpen in der Erde verborgen: die römische Eifelwasserleitung. Als reine Gefälleleitung versorgte der „Römerkanal“ rund 200 Jahre lang die römische Provinzhauptstadt Colonia Claudia Ara Agrippinensium (das heutige Köln) täglich mit bis zu 20 Millionen Liter besten Trinkwassers.

Im Rahmen einer Straßenbaumaßnahme wurde südlich von Köln nun ein rund 50 Meter langes Teilstück des Römerkanals freigelegt. Das U-förmige Kanalgerinne ist bestens erhalten, lediglich das Gewölbe ist zu großen Teilen eingestürzt. Um dieses Bodendenkmal zu erhalten, soll vom Teilstück ein 2,5 bis 3,5 Meter langes Stück geborgen, konserviert und der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden. Weitere 1,5 Meter werden eingelagert, um für künftige Materialuntersuchungen zur Verfügung zu stehen. Damit stehen immer noch rund 30 Meter Römerkanal zur Verfügung, für die nun ein Abnehmer gesucht wird.

Der Freundeskreis Römerkanal e. V. nimmt Interessenten in der Reihenfolge des Eingangs ihrer Anträge in eine



Quelle: K. Grewe

Ähnlich wie bei diesem ebenfalls aus Hürth-Hermülheim stammenden Teilstück (heute in Swisttal-Buschhoven vorbildlich aufgestellt) muss das Gewölbe neu gesetzt werden.

Warteliste auf. Voraussetzung für die Aufnahme in diese Warteliste ist die verbindliche Erklärung, das Denkmal auf eigene Kosten am Aufbewahrungsort abzuholen und unter witterungsgeschützten Bedingungen öffentlich zugänglich aufzustellen. Zuvor ist das eingestürzte Gewölbe wieder herzustellen, um einen dauerhaften Bestand des Denkmals zu gewährleisten. Für weitere Informationen und Anfragen steht Prof. Dr. Klaus Grewe, [mail@klaus-grewe.de](mailto:klaus-grewe.de), zur Verfügung. ■



Quelle: R. Haberl

Die in Hürth-Hermülheim freigelegte römische Eifelwasserleitung soll in Teilstücken geborgen und an interessierte Abnehmer vergeben werden.